



09.06.2022

Pressemitteilung: VVS-Tarifschock abwenden

Worüber derzeit alle sprechen: Halb Deutschland reist angeblich mit dem 9-Euro-Ticket nach Sylt. Worüber wir wirklich sprechen müssten: Viele Menschen können sich bald womöglich kaum noch die Fahrt zur Arbeit leisten.

Die extrem steigenden Energiepreise und Kosten für laufende Betriebsausgaben könnten ab Herbst nämlich zu einem regelrechten Tarifschock im ÖPNV-Angebot führen. „Unter der Hand wird bereits von sieben Prozent durchschnittlicher Tarifierhöhung gesprochen“, warnt PULS-Stadtrat Christoph Ozasek eindringlich. Damit würden nicht nur sämtliche Impulse zur dringend benötigten Mobilitätswende im Keim erstickt, es würde zudem auch die Ungerechtigkeit im VVS weiter verschärft. „Menschen mit geringem Einkommen haben bis dato keinen im Verbundgebiet einheitlich rabattierten Zugang zum ÖPNV“, so Ozasek. Schon die letzte Anpassung im Frühjahr sei mit einem Preisanstieg von 2,5 Prozent kaum vermittelbar gewesen und habe die Rückgewinnung von Fahrgästen deutlich erschwert – so wird Stuttgart seine Klimaziele kaum erreichen.

Klar ist: Ohne Finanzhilfen von Bund und Land werden die Kommunen die Mehrkosten kaum aus eigenen Mitteln auffangen können. Klar ist aber auch: Ein solcher Preisschock muss in Stuttgart verhindert werden. Als Aufsichtsratsvorsitzender im VVS und in der SSB ist hier insbesondere Stuttgarts Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper in der Verantwortung, gemeinsam mit dem Aufgabenträgern im VVS eine Lösung zu erarbeiten. „Herr Nopper sollte umgehend mit dem Land an einer Umsetzung des Mobilitätspasses arbeiten, um mit diesem die Tarifierhöhung 2023 aufzufangen“, fordert Ozasek und drängt auf die Schaffung der gesetzlichen Grundlage noch in diesem Kalenderjahr. „Hierbei sollten wir im Sinne einer solidarischen Mitfinanzierung des ÖPNV auch auf eine Beteiligung durch die Wirtschaft pochen – deren Geschäft boomt schließlich.“ Falls ein solch großer Wurf nicht gelinge, so müsse die Stadt Stuttgart zumindest Sorge dafür tragen, dass Ticketarten für Menschen mit geringem Einkommen von den drohenden Erhöhungen ausgenommen seien.

Darüber hinaus beantragt die Gemeinderatsfraktion PULS, dass die Entscheidung über die diesjährige Tarifierhöhung nicht erneut hinter verschlossenen Türen des SSB-Aufsichtsrats und ohne Beteiligung des Hauptorgans gefasst werden darf. Seit jeher wird in allen Landkreisen des VVS über die Anpassung des Gemeinschaftstarifes in

öffentlichen Gremiensitzungen beraten – das ist angesichts der Relevanz für die Öffentlichkeit auch in der Landeshauptstadt geboten. Christoph Ozasek verlangt daher eine Transparenz, die einem für die Stuttgarter Bürger*innen so wichtigen Thema angemessen ist: „ÖPNV ist Daseinsvorsorge, deshalb gehört Tarifpolitik in den Gemeinderat.“